

Die Schweizer Gaspipeline ist ein zweifelhafter Trumpf

Quer durch die Schweiz verläuft eine wichtige Erdgaspipeline von Deutschland und Frankreich nach Italien. An dieser Transitroute entzündeten sich die Phantasien: In der politischen Diskussion wird gar darüber gemutmasst, ob bei einer Mangellage Gas abgezweigt werden könnte. Ein Augenschein

GERALD HOSP, CHRISTOF FORSTER, RUSWIL (TEXT); KARIN HOFER (BILDER)

Der Kontrast könnte nicht grösser sein. Mit einem Schutzhelm und einer neongelben Sicherheitsweste ausgestattet, steht der Ingenieur Ennio Sinigaglia mit beiden Beinen auf dem Boden der Tatsachen vor einer mächtigen Gasturbine. Der Chef des Unternehmens Transitgas, das die Gaspipeline von der Nord- zur Südgrenze der Schweiz betreibt, bemüht im Gespräch jedoch auch Arthur Schopenhauer, den Philosophen des Pessimismus. «Man muss pessimistisch denken und optimistisch handeln», sagt Sinigaglia über seine eigene Philosophie. Damit meint er, dass man sich auf Notfälle einstellen müsse – wie jetzt in der Diskussion um einen möglichen Erdgas-mangel im kommenden Winter. Sinigaglia, ursprünglich aus Mailand, arbeitet seit bald zwanzig Jahren für Transitgas.

An der Oberfläche ist der Verlauf der Transitgas-Leitung quer durch die Schweiz nur an den orangen Tafeln mit den dreistelligen Zahlen und dem T zu erkennen. Die Röhre liegt gut eineinhalb Meter tief in der Erde oder verläuft in Stollen durchs Gebirge. An der höchsten Stelle am Grimsel steigt das Gasrohr verborgen bis auf 2400 Meter.

Die Röhre wird sichtbar

Ähnlich unterirdisch war die bisherige Wahrnehmung der Pipeline in der Öffentlichkeit und Politik. Solange Erdgas durch das knapp 300 Kilometer lange Leitungssystem fliesst, kräht kein Hahn danach. Mit den explodierenden Energiepreisen, den russischen Drohgebärden und den Katastrophenszenarien für den kommenden Winter mit zu wenig Gas und Stromausfällen rückt die Pipeline aber ins Rampenlicht.

In der idyllischen Hügellandschaft der Luzerner Landgemeinde Ruswil ist die Transitröhre am sichtbarsten. Dort liegt die Verdichterstation, das Herz und das Hirn der Gasleitung: Vier Gasturbinen, ähnlich den Antrieben, wie sie auch in Flugzeugen eingesetzt werden, sorgen dafür, dass der nötige Druck für den reibungslosen Transport des Erdgases aufrechterhalten wird. Ohne diese Verdichter könnte nur halb so viel Gas durch die Leitung fließen. Das ist vergleichbar mit einem Wasserschlauch, in dem bei zunehmender Länge der Druck des Wassers abnimmt.

In Ruswil kommen auch vier Stränge der Pipeline wie grosse Rohrpostleitungen aus dem Boden. Von dort aus, ziemlich genau in der Mitte der Leitung zwischen Nord und Süd, überwacht und steuert Transitgas die gesamte Pipeline. Die Bedeutung der Leitung für die Gasversorgung der Schweiz ist nicht zu überschätzen: Bis zu 80 Prozent des schweizerischen Bedarfs werden über die Transitgas ins Land importiert.

Früher war der Zugang zum Gelände in Ruswil frei, inzwischen ist das Areal eingezäunt und überwacht. Sicherheit wird grossgeschrieben: Auf dem Rundgang sorgt der Transitgas-Kadernmann Marco Bader dafür, dass die Besucher

die strengen Sicherheitsbestimmungen einhalten. An seinem Gürtel hängt ein Gaswarngerät. Keine Ecke des Geländes darf unbeaufsichtigt erkundet werden. Bei einem Notfall müssen sich die Gäste sofort zum Sammelplatz vor dem Hauptgebäude begeben. An Instruktionen und Vorschriften mangelt es nicht.

Zwei Mal im Monat wird die Transitzgasleitung kontrolliert: zu Fuss in den Stollen, im Auto und per Helikopter aus der Luft. Das grösste Risiko sei, wenn unmittelbar über der Leitung ein grosser Bagger ans Werk gehe, sagt Bader. Bis jetzt sei dies aber noch nie passiert. Sollte trotz den regelmässigen Kontrollen ein Leck auftreten, würde dies im Überwachungsraum in Ruswil bemerkt werden. Um das Entweichen von grösseren Gasmengen zu verhindern, kann die Leitung mit Schiebern unterbrochen werden. Diese sind im Abstand von 10 Kilometern installiert.

Die Sache mit der Solidarität

Die Pipeline, die 1974 in Betrieb ging, hat vor allem auch eine europäische Dimension. Rund 90 Prozent der Kapazität der Röhre wird für den Transit von Deutschland und Frankreich nach Italien und umgekehrt genutzt. Dies gilt als Trumpf der Schweiz beim Aushandeln sogenannter Solidaritätsabkommen mit Deutschland und Italien. Mit Frankreich besteht bereits ein Staatsvertrag, der den Zugang der Schweiz zum Gasspeicher bei Lyon absichert. Bern ist in Kontakt mit Paris, verhandelt aber nicht.

Solidaritätsabkommen sind für den äussersten Notfall gedacht. Wenn es in einem Land für «geschützte» Gaskonsumenten wie Haushalte, Fernwärmanlagen oder soziale Einrichtungen wie etwa Spitäler keinen Brennstoff mehr gibt, könnte ein Vertragspartner auf solidarische Gaslieferungen über die Grenzen hinweg pochen. Ein solcher Ausgleich sollte funktionieren, weil nicht jedes Land immer gleich stark betroffen ist von einem Gasmangel.

In Bern ist angesichts der Verhandlungen die bange Frage aufgekommen, was denn die Schweiz als Land ohne eigenes Gas und ohne Gasspeicher als Gegengeschäft für solche Abkommen zu bieten habe. Die Antwort lautet häufig: die Transitzgaspipeline. Für manche ist es aber nicht nur ein Angebot an die Nachbarn, sondern vielmehr ein geopolitischer Hebel, den es zu nutzen gilt.

Die Bundesverwaltung will sich angesichts der laufenden Gespräche nicht in die Karten blicken lassen. Ja, die Transitzleitung sei ein Trumpf der Schweiz, heisst es in Simonetta Sommarugas Energiedepartement. Die Röhre ist wichtig für die Versorgung von Italien mit Erdgas. Aber diesen Winter könnte auch die Situation eintreten, in der Gas von Italien nach Deutschland fliesst. Ein Experte in der Verwaltung kritisiert indes die Sichtweise in den Medien, wonach die Schweiz die Verhandlungen gewinnen oder verlieren kann. Es gehe vielmehr darum, Lösungen zu finden, von denen beide Seiten profitierten. Beat Badertscher, der Verwaltungsrats-



Nach Hunderten Kilometern unter der Erde kommen die Stränge der Transitzgas-Pipeline in Ruswil an die Oberfläche.

präsident von Transitgas und ein Mann mit mehreren Hüten in der Erdgaswirtschaft, gibt sich zurückhaltend auf die Frage, inwiefern die Transitzgasleitung ein Hebel in den Verhandlungen sein kann. «Faktisch ist es eine Transitzleitung, der in Europa eine gewisse Bedeutung zukommt. Deshalb kann die Transitzgasleitung Verhandlungsmasse sein. Ich bin mir aber nicht sicher, ob dies nicht zu einem Eigentor werden könnte.»

Vom Not- zum Konzessionsfall

Bei den Verhandlungen mit Italien dürfte besonders der Konzessionsfall zu reden geben. Die Betreiberfirma Transitgas hat bei der Erweiterung des Leitungssystems in den 1990er Jahren eine Konzession erhalten, in der festgehalten wurde, dass das Pipeline-Unternehmen stets ausreichend Transportkapazität für den Erdgasbedarf der Schweiz zu garantieren habe. Diese Regelung könnte eine «europäische Solidarität» der Gaslieferungen belasten.

Derzeit kommt der grösste Teil der Erdgaslieferungen für die Schweiz und den Transit aus Deutschland bei Wallbach im Aargau in die Schweiz. Geringere Mengen werden aus Frankreich beim solothurnischen Rodersdorf eingespeist. Das Gas fliesst im Wallis per Griespass nach Italien. Seit 2018 ist auch der umgekehrte Weg möglich. Dadurch kann auch Gas aus Aserbaidschan, aus Nordafrika oder als verflüssigtes Erdgas nach Italien gebrachter Brennstoff in die Schweiz und weiter nach Norden transportiert werden.

Man merkt Sinigaglia förmlich an, für wie absurd er die Frage nach dem Abzweigen von Gas hält.

Ein Szenario für einen Konzessionsfall könnte folgendermassen aussehen: Sowohl aus Deutschland als auch aus Italien kommt kein oder nur noch wenig Erdgas in die Schweiz. In diesem Fall würde der Weg über Frankreich bleiben. Bei diesem Strang der Transitzgas reicht die derzeit für die Schweiz reservierte Pipeline-Kapazität aber nicht aus, um den Gasbedarf des Landes zu decken. Das heisst, dass dann den Unternehmen die Kapazitäten, die sie bereits für den Transit gebucht und bezahlt haben, für die Versorgung der Schweiz entzogen werden könnten. Die beiden Grossaktionäre und Leasingnehmer von Tran-

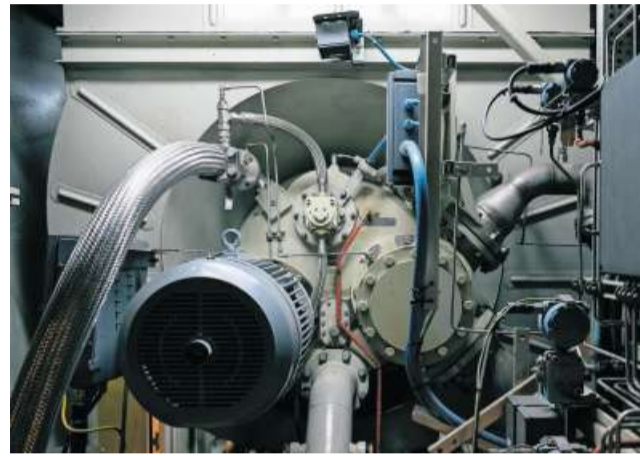
Die Transitzgas-Pipeline quer durch die Schweiz

Gasleitung





Das Herz der Verdichterstation im ländlichen luzernischen Ruswil sind die Gasturbinen.



Ennio Sinigaglia ist Chef der Transitgas AG. Marco Bader ist Leiter Elektrik und Instrumentierung in Ruswil.



sitgas, Swissgas (51 Prozent) und Fluxswiss (46 Prozent), könnten die Volumen nicht mehr vollumfänglich frei vermarkten. Hinter Swissgas steht die Schweizer Gaswirtschaft, an Fluxswiss sind vor allem das belgische Unternehmen Fluxys und der Infrastrukturfonds Energy Infrastructure Partners beteiligt.

Der Transitgas-Chef Sinigaglia wägt seine Worte vorsichtig ab: «Wir sind dazu bereit, unsere Verpflichtungen gemäss den Konzessionen zu erfüllen. Wir können aber nicht bestimmen, wann ein Notfall eingetroffen ist.» Wer dies zu bestimmen hat, ist derzeit noch nicht geklärt. Es ist naheliegend, dass eine solche Entscheidung, die stark politisch geprägt wäre, der Bundesrat oder das Bundesamt für Energie trifft. In der Branche heisst es, dass die Frage in wenigen Wochen gelöst sein soll.

Die Konzession besagt zudem nur, dass ausreichend Transportkapazität für die Schweizer Bedürfnisse vorhanden sein muss. Das bedeutet aber noch nicht, dass im geschilderten Konzessionsfall auch Erdgas zur Verfügung stünde. Dieses muss beschafft werden, die Schweiz ist weiterhin auf ausländische Lieferwege und Lieferungen angewiesen. In der Diskussion um diese Variante fällt häufig auch das Wort «abzweigen». Hier würde aber kein Gas abgezweigt werden, sondern lediglich Transportvolumen.

Könnte die Schweiz aber, wenn es hart auf hart kommt, Erdgas wie ein Wegelagerer anzapfen? Man merkt Sinigaglia förmlich an, für wie absurd er die Frage hält. «Technisch wäre es möglich», sagt er. Die Gasflüsse aus dem Ausland

würden aber dann wohl versiegen. Die Schweiz stünde als unsicherer Vertragspartner da. Sinigaglia schiebt auch die Vorstellung beiseite, dass das Erdgas in der Pipeline bei einer Mangellage helfe.

Die Leitung ist ständig mit technischem Gas gefüllt, das den reibungslosen Transport garantiert und nicht für den Verkauf bestimmt ist. Diese Gasmenge von 15 Millionen Kubikmetern könnte aber den Schweizer Bedarf nur für etwas mehr als einen Tag decken. Damit ist kein Staat zu machen, abgesehen von allen rechtlichen und politischen Problemen. Mit der Entnahme würde zudem die Pipeline nur eingeschränkt funktionieren, was auch Auswirkungen auf den Druck im gesamten Erdgassystem der Schweiz hätte. Es wäre eher eine letzte Verzweigungstat.

Gasmangel unwahrscheinlich

Im gut gesicherten Dispatcher-Raum herrscht angespannte Ruhe. Hier laufen auf einer elektronischen Schalttafel die Fäden der Pipeline zusammen. Von dieser Zentrale aus wird die Leitung rund um die Uhr überwacht und gesteuert, in 8-Stunden-Schichten, damit das Herz von Transitgas nie aus dem Takt kommt. Wie es da drinnen aussieht, gilt als Betriebsgeheimnis. Jedenfalls darf die Fotografin vom Raum keine Bilder machen.

Die Dispatcher steuern die Kapazitäten der Leitung. Je nach Bestellung fliesst eine bestimmte Menge Gas von Norden durch die Schweiz – oder umgekehrt. Früher gab es Wochenprogramme, heute ist das Geschäft viel volatil. Die

Dispatcher erhalten ein Tagesprogramm, und auch dieses kann sich noch kurzfristig ändern. Es kommt inzwischen sogar vor, dass an einem Tag der Gasfluss drei bis vier Mal die Richtung wechselt.

An diesem Tag fliessen gerade 50 000 Kubikmeter Gas pro Stunde durch die Leitung. Das ist vergleichsweise wenig, im Winter sind es bis zu 600 000 Kubikmeter pro Stunde. Grund dafür sind, neben der allgemein niedrigeren Nachfrage im Sommer, Wartungsarbeiten beim Strang nach Deutschland. Deshalb fliesst nur aus Frankreich Brennstoff nach Italien. Das Volumen wird wieder hochgefahren, wenn die Wartung beendet ist.

Von den gedrosselten Gaslieferungen aus Russland merken die Leute im Dispatcher-Raum nichts. «Das hat bis jetzt keine Auswirkungen auf den Gasfluss durch die Transitgasleitung», sagt Sinigaglia. Das heisst, dass das Erdgas aus anderen Quellen wie Norwegen, den USA oder Katar stammt.

Es sind solche Entwicklungen, die Sinigaglia in seiner Meinung bestärken: «Die Schweiz wird den Winter, wenn Solidaritätsabkommen mit unseren Nachbarländern abgeschlossen werden können, ohne grössere Probleme bei der Gasversorgung schaffen.» Eine andere wichtige Voraussetzung sei, dass die Speicher in Europa bis im Herbst zu rund 90 Prozent gefüllt seien, sagt der Transitgas-Chef. Derzeit rechnet er damit, dass dieses Ziel erreicht wird. Hier schlägt die Philosophie des Optimismus des Italieners durch. Es bleibt zu hoffen, dass er recht behält.

Blackout-Gefahr schreckt Briten auf

Labour-Politiker fordern Verstaatlichungen

ANDREAS HIPPIN

Der Londoner Südosten ist in der letzten Juliwoche knapp an einem Blackout vorbeigeschrammt. Der Netzbetreiber National Grid musste für 9724 Pfund pro Megawattstunde – mehr als 5000 Prozent des gängigen Preises – Strom aus Belgien zukaufen.

Wie es so weit kommen konnte? Klimapolitischer Überschwang hatte dafür gesorgt, dass Kohle- und Atomkraftwerke vom Netz genommen wurden, ohne dass man sich darüber im Klaren war, was an ihre Stelle treten sollte, bis die für die Energiewende erforderlichen Technologien verfügbar sind. Zugleich wuchs mit der Bevölkerung auch der Energieverbrauch.

Importe sollten es richten

Die vermeintlich einfache Lösung: Seit 2010 haben die Stromimporte über Unterseekabel stark zugenommen. Doch ein wichtiger Lieferant, Norwegen, könnte gezwungen sein, seine Ausfuhren einzuschränken, weil Hitzewellen wie dieses Jahr die Erzeugung von ausreichend Strom aus Wasserkraft erschweren. Auch andere Lieferanten wie Frankreich und die Niederlande dürften im Zweifelsfall wenig geneigt sein, ihre knappen Ressourcen mit Grossbritannien zu teilen, zumal erneut Streit mit Brüssel um das Nordirland-Protokoll der EU-Austritts-Vereinbarung droht. Manchen ist noch die französische Drohung, der Kanalinsel Jersey den über Unterseekabel gelieferten Strom abzudrehen, aus dem jüngsten Fischereistreit im Gedächtnis geblieben.

Umso unglaublicher erscheint, dass seitens der Regierung offenbar keinerlei Anstrengungen unternommen wurden, das Atomkraftwerk Hinkley Point B am Netz zu halten. Es wurde vom Betreiber EDF Ende Juli planmässig abgeschaltet. Entsprechend mehr Gas oder Kohle muss verstromt werden, um die Grundversorgung sicherzustellen.

Natürlich gibt es einen Notfallplan: rollierende Blackouts – planmässige Stromabschaltungen. Entsprechende Überlegungen vom Mai machten dieser Tage Schlagzeilen. Vielen Briten wird langsam klar, dass die Versorgungssicherheit auf dem Spiel steht. Die Krise hat viel mit Staatsversagen zu tun. Sie zeigt, dass die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen nur funktionieren kann, wenn die Unternehmen nicht sich selbst überlassen werden. Der grösste britische Gasspeicher Rough wurde 2017 von der British-Gas-Mutter Centrica endgültig ausser Dienst gestellt.

Margaret Thatcher hatte British Gas 1986 an die Börse gebracht. Mehr als dreissig Jahre später wollte die Regierung die für die Instandsetzung des Gasspeichers nötigen 2 bis 3 Milliarden Pfund nicht aufbringen. Für ein privatwirtschaftliches Unternehmen sei es unwirtschaftlich, den aus Sicherheitsgründen vorübergehend geschlossenen unterseeischen Speicher vor der Küste von Yorkshire wieder zu nutzen, argumentierte Centrica. Die Aufsicht hatte keine Einwände.

All das entsprach dem damals vorherrschenden naiven Marktglauben. Die Hoffnung auf eine eigene Schiefergasindustrie, der liquide Handel mit den europäischen Nachbarn und die Verfügbarkeit von Flüssiggasimporten aus Katar hatten dafür gesorgt, dass man solche Einrichtungen nicht mehr für nötig hielt. Nun verfügt Grossbritannien über nicht einmal 1 Prozent der Gasspeicherkapazität, die auf dem europäischen Kontinent vorgehalten wird.

Energiekosten explodieren

Immer neue Schätzungen von Beratungsgesellschaften verunsichern derweil viele Menschen. Die Firmen schätzen auf der Grundlage von Futures-Kontrakten, wie hoch die Jahresrechnungen privater Haushalte ausfallen könnten, wenn der Regulierer Ofgem im Januar erneut die Preisobergrenze anhebt. Cornwall In-

sight kam für Januar auf 4467 Pfund, der Rivale Auxilione auf 5038 Pfund. Der Abstand zum seit April gültigen Preisdeckel von 1971 Pfund ist beträchtlich. Zum Vergleich: Für die französischen Kunden des auch in Grossbritannien aktiven Energieversorgers EDF liegt die Obergrenze bei etwa 950 Euro. Der französische Präsident Emmanuel Macron erlaubte dem Staatsbetrieb lediglich eine Erhöhung um 4 Prozent. Die vom Kampf um die Tory-Parteiführung abgelenkte Regierung legte bisher kein Konzept vor, wie sich die Krise meistern liesse.

Der ehemalige Labour-Premierminister Gordon Brown verglich unterdessen die Situation mit der Finanzkrise, in der seine Regierung Banken vorübergehend verstaatlichte – angeblich, um die Konsumenten zu schützen. In einem Gastbeitrag für den «Guardian» forderte er, die Energiepreise «einzufrieren». Ofgem dürfe den Preisdeckel nicht lüften. Stattdessen müsse die Regierung mit den Unternehmen niedrigere Preise aushandeln. Wenn die Firmen dem nicht nachkommen könnten, müssten sie notfalls eben so lange verstaatlicht werden, bis die Krise vorbei sei.

Besteuern und umverteilen

Zu den meist aus den Reihen der Linken kommenden Vorschlägen gehören ein Sozialtarif für die ärmsten Haushalte, Energiekostenzuschüsse für Geringverdiener und Sozialhilfeempfänger sowie die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Energierechnungen.

Wie das finanziert werden soll? Ed Davey, der Chef der Liberaldemokraten, will die bereits in Kraft getretene Sondersteuer auf die Gewinne von Öl- und Gaskonzernen rückwirkend von 25 auf 30 Prozent erhöhen. Die reguläre Besteuerung hinzugerechnet, müssten sie dann insgesamt 70 Prozent an den Fiskus abführen.

Die Labour-Finanzexpertin Rachel Reeves will auch noch ein vermeintliches Steuerschlupfloch schliessen. Das Gesetz ermöglicht den Unternehmen nämlich, 91 Pence von jedem Pfund, das sie in die Nordseeförderung stecken, von der Steuer abzusetzen. Unter solchen Voraussetzungen wird kaum ein Unternehmen geneigt sein, die dringend erforderlichen Investitionen vorzunehmen, um ausreichend Gas für den Übergang zur Nullemissionswirtschaft zu haben.

Den Briten bleibt für die kommenden Monate nur die Hoffnung, dass sich in den Futures-Kontrakten eine überzogene Angst vor Energieknappheit widerspiegelt und sie nicht ganz so viel werden bezahlen müssen, damit sie es im Winter warm haben. Sie sollten die Zeit nutzen, für eine kompetente und tatkräftige Regulierung zu sorgen. Das wäre allemal effizienter als eine Wieder-verstaatlichung.

Inflation steigt auf über 10 Prozent

(dpa) · Die bereits hohe Inflation in Grossbritannien hat sich weiter beschleunigt. Im Juli erhöhten sich die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahresmonat um 10,1 Prozent, wie das Statistikamt ONS am Mittwoch in London mitteilte. Das ist die höchste Rate seit Beginn der Erfassung 1997. Laut einer Rückrechnung des ONS dürfte die Inflation zuletzt im Jahr 1982 höher gelegen haben.

Auch im Vergleich zum Vormonat bleibt der Preisauftrieb hoch. In dieser Betrachtung legten die Verbraucherpreise im Juli um 0,6 Prozent zu. Im Monatsvergleich stiegen vor allem die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie die Transportkosten. Kleidung und Schuhe wurden hingegen billiger.

Die Bank of England stemmt sich seit einiger Zeit mit Zinserhöhungen gegen die hohe Inflation. Sie hat ihren Leitzins seit November mehrmals auf zuletzt 1,75 Prozent angehoben.